

Manfred Funke

Zwischen totalitärer Erfahrung und extremistischer Herausforderung

Mike Schmeitzner (Hg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen 2007, 405 Seiten, 42,90 Euro.

Eckhard Jessel/Jürgen P. Lang: DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, Olzog Verlag München 2008, 287 Seiten, 24,90 Euro.

Tom Thieme: Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Osteuropa. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Nomos Verlag Baden-Baden 2007, 299 Seiten, 39,00 Euro.

Erster Weltkrieg und Oktober-Revolution entscherten das alte Europa. Es wurde zum *dunklen Kontinent* (Mark Mazower 2000), zum *Kontinent der Gewalt* (James Sheehan 2008), zum Schlachtfeld der bolschewistischen,

faschistischen und nationalsozialistischen Großdiktaturen samt jeweiliger Klientel. Schon 1932 verwies Sigmund Freud in einem Brief an Albert Einstein auf das damals noch halbwegs verummte Kernproblem totalitärer Herrschaft: „Manchmal haben wir, wenn wir von den Greueln der Geschichte hören, den Eindruck, die ideellen Motive hätten den destruktiven Gelüsten nur als Vorwand gedient.“ Bald sollte sich die Hingabe an ein Absolutes mit hybrider Gefühlslosigkeit im imperialen Rassen- versus universalen Klassenkampf verbinden.

Mut zur Kritik

Nur schwer konnte anfänglich die Ultralinke in Deutschland die Terrormeldungen aus der Sowjetunion verkraften. Wer daraufhin Moskaus Politik kritisierte, wurde vom Energiezentrum der roten Revolution ausgekoppelt. In Reaktion darauf formierte sich im Eiskeller des Völkerfrühlings, besonders unter

Intellektuellen jüdischer Herkunft, schon frühzeitig Totalitarismuskritik von links.

Ihre wichtigsten deutschen Vertreter stellt Mike Schmeitzners Edition vor. Auf das Janusköpfige Rosa Luxemburgs, auf Alexander Schiffrin, Curt Geyer, Eduard Heimann, Franz Borkenau, Otto Rühle, Arno Hennig kann hier im Rahmen der Rezension nicht eingegangen werden. Sie beschränkt sich auf Persönlichkeiten, die das Gedächtnis der Bundesrepublik geprägt haben und in ihm selbst bewahrt sind.

Für Karl Kautsky war Mussolini „der Affe Lenins“. Hermann Heller forderte den Kampf gegen den „totalen Staat“ als sozialistische Pflicht. Nicht zuletzt zur Rettung „Weimars“ sollten autoritäre Maßnahmen im rechtsstaatlichen Rahmen erlaubt sein. Schon 1924 warnte Otto Wels die Kommunisten. Sie trieben das kleine und mittlere Bürgertum sowie die ungeschulten Arbeiter in die Hände der Reaktionäre:

„Das sind die ineinandergreifenden Glieder einer Kette, an denen Deutschland sich wund reibt und die es schließlich erdrosseln würden.“ Für Rudolf Hilferding waren rote oder braune Kennzeichen am „Arbeiterzuchthaus“ ohne Belang. Ihre Herrschaftstechniken stellen Rot und Braun im Maßstab streitbarer Demokratie zueinander.

Antitotalitärer Konsens

Nach dem Krieg organisierte Kurt Schumacher die SPD als geistiges Bollwerk gegen den „östlichen Totalitarismus“. Für den Parteivorsitzenden bestand die SED aus „rot lackierten Nazis“, die Hitler noch überbieten wollten. Ernst Reuter, später Inbegriff des Berlin-Patriotismus, lehnte bereits im Exil Avancen seiner ehemaligen KPD-Genossen ab: „Mein Bedarf an Konzentrationslagerhaft ist in Deutschland seinerzeit gedeckt worden.“ Carlo Schmid forderte antitotalitäre Bewusstseinsbildung, da Diktaturen die Menschen zu „Maschinenaffen“ abrichten wollten. Ernst Fraenkel warnte vor dem linken Aberglauben an die „Perfektibilität“ des Menschen und trat für einen Neopluralismus nach rechtsstaatlichen Prinzipien ein. Richard Löwenthal, ebenfalls

einstiger Radikalsozialist und späterer Mitstreiter Willy Brandts, musste widerwillig die UdSSR als System totalitärer Unterdrückung verifizieren. Doch sah Löwenthal diese als Fehlentwicklung eines Ideenguts, das auch weiterhin die Faschismus-Analyse auf sozial-ökonomischer Grundlage verlangte. In dieser Spur machte sich Herbert Marcuse zur späteren Ikone, schmückte sich mit der Pose der großen Verweigerung im romantischen Rückfall studentischer Ovationen. Marcuse war gegen Rechtstotalitarismus, gegen Marxismus-Leninismus, gegen die kommunistische Sowjetunion, gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Sein Autismus trug totalitäre Züge.

Sozialistisches Erbgut

Dass „Aufklärung totalitär ist“ (Horkheimer/Adorno), bestätigte die Art von Antitotalitarismus, die der Entspannungspolitik seit den 1970er-Jahren eingewebt wurde. Die deutsch-deutsche Verantwortung für den Frieden rechtefertigte links milden Umgang mit der DDR, ihren Verbrechen am antiimperialistischen Schutzwall. Derweil wurde der antitotalitäre Konsens in der Bundesrepublik von der antifaschistischen Abrissbirne

eingedrückt. Die vom Bundesverfassungsgericht verfügte Äquidistanz zu Rot und Braun verlor sich im Gewölk postnationaler Permissivität. Nur schwer kam die deutsche Einheit aus solcher Schlacke frei.

Nach anfänglicher Lähmung spross jedoch bald das sozialistische Erbgut wieder aus, das von der PDS in die Neue Linke eingebracht wurde. Wie ihr von Jesse/Lang ausgeleuchtetes Wirkungsfeld zeigt, kann DIE LINKE nicht mehr mokant als SED-gezeugtes Schmuddelkind oder als Gysis bunter Haufen abgetan werden. Als Partei der Kümmerer und Kündler sozialer Gerechtigkeit besetzen ihre Funktionäre in talkrunder Geschmeidigkeit Themenfelder, die bis dahin von den Volksparteien partiell vernachlässigt wurden beziehungsweise wegen finanzieller Überforderung gar nicht erst lärmend auf die Agenda kamen. Dass DIE LINKE noch immer Wirtspartei für Gutmenschen und Altkommunisten ist, macht ihre Führung nicht verlegen. Für Dietmar Bartsch ist die Erwähnung seiner Partei im Verfassungsschutzbericht des Bundes „eine Unverschämtheit“. Schließlich sei DIE LINKE in zehn Länderparlamenten ver-

treten. In der Tat sitzen dort 184 Abgeordnete der Patchwork-Partei, davon 161 in den Länderparlamenten Ost einschließlich Berlin. Im Bundestag stellt DIE LINKE 53 Abgeordnete. Davon stammen indes dreißig aus dem Westen. Die Milieus verzahnen sich.

Die Unbezahlbarkeit der auf einen Staatsumbau zielenden Reformen der LINKEN hindert Wähler nicht, die neue Partei für Denkkettelpolitik zu nutzen. „Eine argumentative Auseinandersetzung“, so Jesse/Lang, „mit der LINKEN tut not.“ Ein Gesetzentwurf von ihnen mag vorderhand abstrus sein, deckt aber oft Versäumnisse der Etablierten auf. Die LINKE transferiert Jacob Burckhardts Mahnwort (1873) ins Heute: „Die Politik kann Einem überhaupt verleiden, nur hat sie die Macht, uns an's Fenster zu klopfen, auch wenn wir nicht hören wollen.“ Deutlich muss aber der smarte Utopismus entzaubert werden, der Deutschland als eine Art Nationalpark gegen globalistische Zudringlichkeit seit dem Epochenbruch Europas

1989 bis 1993 umfrieden möchte.

Fortwuchernder Rassismus

Dass Hammer, Sichel, Hakenkreuz nicht nur historisch-genetische Signaturen für die moderne Staatenwelt Osteuropas sind, belegt die Chemnitzer Dissertation von Tom Thieme. Er hat in Feldstudien das rechte und linke Extremismuspotenzial in vierzehn Parteien Russlands, Polens, Tschechiens, Ungarns und der Slowakei untersucht. Am Beispiel der russischen RNE (Russische Nationale Einheit), deren Mitglieder Armbinden mit leicht modifizierten Hakenkreuzen, schwarze Schaftstiefel, schwarze Hemden (übernommen von den früheren Schwarzen Hunden) tragen, beschreibt Thieme das Fortwuchern von Rassismus. In der Duma ist die gesamte Oppositionsbank mit extremistischen Parteien von links bis rechts besetzt (Kommunistische Partei Russlands, Liberaldemokratische Partei Russlands und die Listenverbindung Rodina „Heimat“).

Doch hat faktisch Putins Partei „Einiges Russland“ das Kommando. Sie setzte die Sperrklausel für den Einzug in die Duma auf sieben Prozent Wählerstimmen durch. „Die unzureichende richterliche Unabhängigkeit“ (Thieme) gegen die Machtzentrierung im Kreml schafft kein Gegengewicht zur Praxis des Wahlausschlusses missliebiger Konkurrenz. Im Gegensatz zu Russland sind in den übrigen untersuchten Staaten Mischformen zwischen Rechts- und Linksextremismus stärker verbreitet.

Praktisch bleibt erfolgreiche Modernisierungspolitik abhängig von nationalen Mythen, autokratischen beziehungsweise liberalen Traditionen, von Führungsautorität und zuallererst von wirtschaftlicher Prosperität. In den EU-Staaten Polen und Slowakei bewertet nur ein Viertel der Menschen das demokratische System als besser gegenüber dem früheren Sozialismus. Der Vergemeinschaftungsprozess in Europa muss solche tektonischen Verwerfungen sorgfältig in seine Obhut nehmen.